

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher**

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krömmel

Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 – 879 669
Email: Dario.Thomas@t-online.de

Montag, 14. Januar 2013

Heute vor einem Monat, an einem Freitag im Dezember 2012, es war der 14.12.12, sagte Wolfgang Schäuble vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags in Berlin aus.

Der Grund: Schäuble war von 2005 bis 2009 Bundesinnenminister (BMI). In seiner Amtszeit geschahen drei der zehn Morde. Sein kürzlich verchiedener Bruder, Thomas Schäuble, war von 1996 bis 2005 Innenminister in Baden-Württemberg, also während mehrere PolizeibeamtInnen des Ländle beim Ku-Klux-Klan aktiv waren, sich mit Uwe Mundlos, Uwe Bönhardt und Beate Zschäpe trafen und trotzdem im Dienst verblieben! Thomas Schäuble verblieb (natürlich) auch im Amt.

P R E S S E M I T T E I L U N G

Was Herr Schäuble, Rechtsanwalt, dem PUA zumutete:

Schäuble tat während seiner gesamten Zeugenvernehmung auf „doof“, wusste bzgl. des NSU angeblich von nichts, wurde angeblich mit (fast) nichts der Bearbeitungsgegenstände des Untersuchungsausschusses befasst, obwohl sein damaliger Staatssekretär, August Hanning, kurz zuvor demselben PUA in Berlin mitteilte, dass er seinen Minister (= Wolfgang Schäuble) mit dem Übernahmewunsch der Ermittlungen gegen den NSU durch das BKA befasst hatte(!).

Schäuble tat vielmehr so, als wenn ihn die Mord-Serie nicht interessiert hätte während nahezu alle anderen Innenminister und deren Staatssekretäre dieses unseres Landes sich auch persönlich damit auseinandersetzen, zumal es ja fünf Sonderkommissionen, fünf damit befasste Staatsanwaltschaften usw. usf. gab.

Schäuble tat auch so, als wenn er gewissermaßen nicht nachvollziehen könne, warum man ihn, der heuer das von der politischen „Elite“ im Verbund mit der finanzindustriellen „Elite“ angerichtete Chaos im EURO-Raum verwaltet, überhaupt hören wolle: Was für eine Zumutung... - Dabei garnierte er diesen gespielten Gestus mit unverschämten Dialogen gegenüber dem Vorsitzenden des PUA. Gleichzeitig galt der BMI Schäuble als harter Hund, der sich nicht zu schade war, die abenteuerlichsten Zusatzinstrumente für Nachrichtendienste wie Polizeien zu fordern.

Während er sich also bzgl. des NSU-Komplexes – es ging ja „nur“ um neun Morde an Mitbürger migrantischen Hintergrundes und einer bundesdeutschen Polizeibeamtin – gewissermaßen wie ein unbeschriebenes Blatt Papier durch „nicht erinnerlich“, „vergessen“ etc. darstellte, hat er schon des öfteren in seiner Biographie „vergessen“, konnte sich an Abläufe, die normalerweise jedem Menschen bis zum Lebensende wie eingebrannt bleiben, „nicht erinnern“ und gilt als einer der ganz großen Skandalunterdrücker, weil diese temporären teilamnestischen Probleme immer dann auftraten, wenn er sich durch zu genaues Erinnern selbst belasten könnte.

So ist es selbstverständlich auch viel eleganter sich nicht erinnern zu können als zum Beispiel von dem § 55 StPO Gebrauch machen zu müssen.

Staatsschauspielerische Sonderklasse: Wolfgang Schäuble

Da ist es für den Typ Wolfgang Schäuble allemal besser, sein genauso inkonsistenter wie in mehrfacher Hinsicht unverschämter Auftritt vom 14.12.12 wird als „uneinsichtig“ (Handelsblatt), „respektlos gegenüber dem Parlament“ (Edathy), „Schäuble hat sich mit den Morden nicht beschäftigt (DER TAGESSPIEGEL) usw. bewertet denn als den Versuch eigene Fehler zu vertuschen.

Es war also ein Akteur der sog. politischen Elite der Bundesrepublik im Zeugenstand zu Gast beim PUA des Deutschen Bundestags, der an diesem Tag für eine staatsschauspielerische Qualität der Sonderklasse garantierte.

Bei seinen Angaben zur Person äußerte er: „Mein Name ist Wolfgang Schäuble, ich bin siebenzig Jahre alt. Ich bin Rechtsanwalt.“ – Er wurde jedoch vorgeladen, weil er von 2005 bis 2009 Bundesinnenminister war und in dieser Zeit fatale Entscheidungen in Bezug auf den Rechtsextremismus zu verantworten hatte.

Auch an diesem unwirklichen Einstieg („Mein Name ist Hase und ich weiß von nichts“) vermochte man zu erkennen, welche Strategie Schäuble verfolgte.

Im Gegensatz zu seinem damaligen Kollegen Günther Beckstein, dem früheren bayerischen Innenminister, oder auch dem früheren hessischen Innenminister Volker Bouffier, verzichtete Schäuble gänzlich auf Worte des Bedauerns oder der Trauer angesichts der zehn Getöteten. Stattdessen versuchte er es mit – man kann es nur so nennen – Einschüchterung.

Edathy erinnerte Schäuble an eine gemeinsame Debatte über Rechtsextremismus im Bundestag 2001, in der Schäuble gesagt hatte: "Wir sollten den Rechtsextremismus vielleicht weniger beachten, und etwas mehr verachten."

Ob er im Nachhinein nicht auch der Meinung sei, man hätte doch etwas mehr beachten sollen?

"Aus der Presse weiß ich, Herr Vorsitzender" so Schäuble zu Edathy, "was Sie hier für Fragen stellen. Aber ich bin hier Zeuge, ich diskutiere nicht."

Eine Vorlage, die Edathy ihm zur Lektüre gab, weigerte er sich, in der Sitzungspause zu lesen. Immer wieder ließ er den Fragestellern spitze Belehrungen über das Prozedere zukommen.

Und wieder einmal schien Edathy der einzige gewesen zu sein, der begriffen hatte, mit was für einer Ausprägung von abstossenden Politiker-Typus man es zu tun hatte.

Nachdem Schäuble darlegte, zu jener Zeit sei beschlossen worden, die Abteilungen für Links- und Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz zu fusionieren, um Kapazitäten für den Kampf gegen islamistischen Terrorismus zu schaffen und dies sei richtig gewesen, verweigerte sich Schäuble dem fachlichen Meinungsaustausch während er sich ansonsten immer wieder als nachdenklich geriert, gerade cora publicum und für die Galerie.

Vielmehr lieferte Schäuble sich danach mit dem Ausschuss-Vorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) Wortgefechte. So antwortete er auf dessen Frage, ob dem Rechtsextremismus genug Beachtung geschenkt worden sei: „Ich habe nicht die Absicht, mit Ihnen eine politische Debatte zu führen.“ Dann zog er die Berechtigung von Fragen in Zweifel oder erklärte sich für unzuständig. Wer die Figur Schäuble in seinem Schaffen über die Jahrzehnte verfolgte, wusste, dieser Auftritt stellte für seine Verhältnisse ein immanentes Schuldeingeständnis dar.

Es war gerade zwei Wochen vor diesem PUA-Auftritt, dass es im Haushaltsausschuss des Bundestages zu einer mächtigen Brüllerei kam. Der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs fühlte sich von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) arrogant behandelt. Der sah das anders. Die Lautstärke nahm zu. So berichten es Zuhörer.

Die einäugige Entscheidung – rechts blind(er) zu machen -, beim BfV die Abteilung gegen Rechtsextremismus so gravierend zu schwächen, wie Schäuble es 2006 veranlasste, korreliert mit dem politischen Agieren der jungen Familienministerin Schröder unter Merkel beim Schwächen der zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen Rechts. Es ist eine Politik aus einem Guss unter der Kanzlerin Merkel, der gelernten FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda.

Für das Verständnis unserer Ausführungen muss man sich einfach vor Augen halten, mit welchem Typus von Politiker es der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) NSU-Mord-Serie zu tun hatte. Wir haben dies beispielhaft in der Anlage dargestellt:

„Auch Schäuble hat geschreddert: Seine Erinnerungen“

Vorbemerkung:

In den vier Jahren seiner Amtszeit als BMI geschahen drei der zehn Morde. Als Schäuble das Amt antrat lagen bereits sechs hinrichtungsähnliche Morde an sechs Gewerbetreibende mit ein und derselben Schusswaffe vor. Schäuble verantwortete gleichwohl politisch die Zusammenlegung der Abteilungen Rechts- und Linksextremismus als auch dem nicht gefolgten Wunsch der Arbeitsebene im Bundeskriminalamt (BKA), dass die weiteren Ermittlungen zu der Mord-Serie zentral geführt werden sollten.

Damit lieferte Schäuble bereits einen bedeutenden Beitrag dafür, dass der NSU bis 2011 unentdeckt bleiben konnte und weitere Kapitalstraftaten beging. Objektiv.

Dass dieser Schäuble gleichwohl bei seiner erschreckenden Aussage vor dem PUA am Freitag, 14. Dezember 2012, keinerlei Fehler bei seinen Entscheidungen und seinen Handlungen als BMI zu formulieren vermochte, wird er selbst nicht glauben. Aber es passt zu anderen skrupellosen, moral- und ethikentleerten Entscheidungen in seiner politischen Laufbahn (siehe Anhang).

„Der Technokrat Schäuble“

1. Keine Aussagevorbereitung

Schäuble saß vor dem PUA und teilte mit, dass er sich nicht weiter auf seine Aussage vorbereitet habe. Also kein Aktenstudium etc.

Bereits mit dieser Einlassung hätte man ihn besser wieder nach Hause geschickt, um seine Hausaufgaben nachzuholen. Die Zeugen sollen sich – so die BGH-Rechtsprechung zu amtlichen ZeugInnen - vorbereiten, um dem Gericht – hier: dem PUA – fach- und sachkundig Auskünfte geben zu können.

Diese Vorgehensweise, die vor allem dem Zweck dient, für den unerwarteten Fall, dass ihm aus den Akten ein Dokument vorgehalten werden könnte, worin seine aktive Beteiligung an der Schwächung der Bekämpfung des Rechtsextremismus nachgewiesen werden kann, sich darauf zurückzuziehen:

keine Erinnerung gehabt, ich hatte ja zuvor kein Aktenstudium gemacht, keine weitere Vorbereitung. Dass darin ein mangelnder Respekt der Spitze der Exekutive ggü. dem Parlament als erster Gewalt zum Ausdruck kommt, interessiert ohnedies in der Regel nur rhetorisch, als Sonntags-Pathos. Das eine ist derjenige der so etwas macht und der andere ist derjenige der so etwas mit sich machen lässt.

Gerne wird eine solche Vorgehensweise immer strategisch unter dem Deckmantel des eigenen Zeitmangels scheinbegründet, weil wer ja so wichtig sei.

Ähnliches war vor dem PUA des Landtags Thüringen in Erfurt bei dem StA Schultz am 04.12.2012 geschehen.

2. Kein Witz: der unpolitische Bundesinnenminister Schäuble

Schäuble, dafür bekannt, dass er gerade auch konkrete politische Fragestellungen zu gerne im Kontext beplaudert – und dafür leider auch noch freundliche Biographien erhält -, wollte bei seiner Zeugenaussage vermeiden, dass zu seinen (Fehl)Entscheidungen als Bundesinnenminister politisch debattiert wird. Das gelang ihm leider auch weitestgehend. Vollkommen unverständlich bleibt es gleichwohl, weil er als Bundesminister vor allem politische Verantwortung hat!

Als Bundesinnenminister traf er aber Dutzende politisch bedingte wie begründete Entscheidungen. Gerade er – siehe **Anhang** – warf Dutzende innen- wie rechtspolitische Debatten an, befeuerte sie in seiner unsäglichen Weise und trieb den Präventionsstaat voran. Dieser unsägliche Dauer-Abonnent auf Staatsämter - trotz aller Skandale - will nicht „politisch“ diskutieren, obwohl er aufgrund seiner politischen

Verantwortung als Bundesinnenminister von 2005 bis 2009 auf dem Zeugenstuhl sitzt.

3. **Attitüde wg. der Fehler beim BKA und BfV**

Seine ganze Widerwilligkeit ggü. dieser Aussage, seine Dünnhäutigkeit, Gereiztheit, Herablassenheit und scheinbar über allem schwebender Erfahrungssouveränität stellte am Freitag, den 14. Dezember 2012 reine Attitüde dar. Sein Granteln, sein Herumtippen auf dem Tisch, seine (ungewohnte) Selbstreduktion auf die alleinige Rolle eines Zeugen und dessen ach so spärlichen Erinnerungsfähigkeit und anderem mehr diente alleine dem Zweck, möglichst von dem Kern seiner Verantwortung abzulenken. Tatsächlich hatte er zu viel zu verbergen. Zu offensichtlich sind die Fehler unter seiner Verantwortung, hier gleich beim BKA und dem BfV, sowohl strategisch-strukturell (BfV) als auch konkret (BKA).

Das einzige Ausschussmitglied das Schäuble mit Erfolg etwas entgegenzusetzen vermochte, war Edathy (siehe auch 2.). Schäuble war ob dieses Vorhalts mehr als angeschlagen. Formal in seiner Attitüde (= Hülle, die Schutz und Panzer sein sollte) als auch inhaltlich. Ihn rettete der „Pausengong“, weil eine namentliche Abstimmung anstand. Und danach gab es einen Bruch in diesem Vernehmungsstrang.

Mit Erschrecken musste man erleben, wie Binninger (CDU) antichambrierte und teilweise Edathy in den Hintergrund drängte. Binninger machte ansatzweise einen auf Zeugenbetreuung.

4. **Der PUA wurde vorgeführt**

Monate zuvor hatte der PUA beteiligte BKA-Beamte, den nicht bloß in diesem Komplex heillos überforderten Leiter des BKA, Ziercke, sowie den damaligen Stellvertreter im BKA, Falk, sowie die in der Linie des BMI unterhalb der politischen Leitung stehenden Ministerialbeamte (sog. „Spitzenbeamte“) gehört.

So weit so gut. Eigentlich perfekt, um nun die politisch Verantwortlichen, also Staatssekretär Hannings (CSU, am 20. November 2012 gehört) und eben den Minister himself.

Schäuble tat aber auf doof, gemeinhin als nichtwissend beschrieben. Schäuble! Während zuvor alle relevanten Beamten – auch des BKA – darauf verwiesen, dass die Entscheidung, ob das BKA nach § 4, Absatz 2 BKA-Gesetz die Ermittlungen durch Anordnung des BMI übernimmt, in ihren Aussagen vor dem PUA vielfach darauf verwiesen, dass genau eine solche Entscheidung alleine von der politischen Leitung des BMI getroffen werden könne. Das macht auch Sinn, weil solche Übernahmen – wenn überhaupt – gegen den Willen eines Bundeslandes ein, zwei Male bisher stattfanden.

Auch der von Schäuble selbst bei seiner Aussage vertiefte Widerspruch, dass er sich darauf verlassen habe, was seine Spitzenbeamten rieten, er nicht der oberste Polizist der BRD wäre usw. usf. wurde bedauerlicherweise während der Befragung nicht erkannt:

Wenn er sich auf den Rat seiner Spitzenbeamte verlassen hatte – Hanning ist kein „Spitzenbeamter“, sondern ständiger Vertreter des Ministers, weisungs- und anordnungsbefugt ggü. den Mitarbeitern und nachgeordneten Behörden, sowie untergeordnetes Regierungs- und Kabinettsmitglied -, wie Schäuble mehrfach in seiner Politikverdrossenheit beflügelnden Aussage ausdrücklich betonte, dann wäre

es erklärungsbedürftig, weshalb die bitter notwendig gewesene zentrale Bearbeitung des NSU-Komplexes nicht endlich durch ein klassisches politisches Machtwort durch den BMI erfolgte! Genauso wie die Zusammenlegung der Abteilungen Links- mit Rechtsextremismus im BfV gegen den Rat seiner Spitzenbeamten, sogar dem Präsidenten des BfV, erfolgte!

Woran es bei der Befragung Schäubles ebenfalls völlig fehlte war die Verknüpfung mit der schwach gemachten Bearbeitung des Rechtsextremismus im Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV). Das eine hängt doch mit dem anderen zusammen. Gerade bei einer solchen Figur wie Schäuble (siehe Anhang), der weiß wie er abstrakt agiert ohne sich selbst gleich nachweislich die Finger schmutzig zu machen.

5. Schäuble ist unglaublich

Schäuble ging sogar so weit in seiner Aussage – bereits in seiner dürftigen zusammenhängenden Eingangsrede –, dass er für den Fall, dass man ihm die Entscheidung angetragen hätte, er aufgrund seines Grundverständnisses von „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ zwischen den Landes- und den Bundespolizeien auch nicht angeordnet hätte, dass das BKA nunmehr den NSU-Komplex zentral weiter bearbeiten sollte. Damit hatte er sich immerhin den Fehler, die Zuständigkeit bei Bayern zu belassen (BAO Bosphorus + Staatsanwaltschaft Nürnberg) hypothetisch zu eigen gemacht.

Nun hatten bereits Spitzenbeamte dargelegt, dass in 2006 in einem Vorlagepapier für die politische Leitung des BMI genau diese Anregung beschlussreif formuliert worden ist. Aber Schäuble kann vor dem PUA so tun als wenn eine solche Entscheidung nicht existiert hätte bzw. ihn nicht erreicht habe. Das ist natürlich absurd. Und zwar sowohl die eine wie auch die andere Spielart.

Dazu kann man die anderen Aussagen von BKA-Beamten gegenhalten und ggf. nochmals Hannings und andere Kaliber dieser Kategorie befragen.

Es ist auch kein Zufall, dass gerade **die Zeugenauftritte** von Hannings (angeblich hatte ihn die Ladung trotz zwei Wochen Postlagerung wegen eines Umzugs nicht erreicht) und auch von Schäuble **wiederholt** verschoben wurden. Wesentlich wg. des Verhaltens dieser beider Herren. Und das ist sowohl einordnend- als auch nachvollziehbar. Gerade nach diesen Auftritten.

a. Schäubles verächtlicher Umgang mit Rechtsextremismus

Schäuble hatte in einer Bundestagsdebatte 2001 unter anderem folgenden Unfug angesichts der realen Bedrohungslage von Rechts gesagt: „Wir sollten den Rechtsextremismus vielleicht weniger beachten, und etwas mehr verachten.“ (ebenfalls Vorhalt durch Edathy)

Nicht bloß dass er genau so wie in dieser Äußerung trivial inkompetent als Bundesinnenminister von 2005 bis 2009 wirkte – Schwächung der Abteilung Rechtsextremismus im BfV, Nichtzuständigkeit des BKA u.a.m. –, sondern man vergleiche diese Chuzpe mal mit seinem Aktionismus gegen Links und generell beim Abbau von Bürgerrechten (siehe Anhang).

Der Mann ist durch seine Biographie schon mangels Konsistenz nicht glaubwürdig. Hinzu kommen diverse (!) Ungereimtheiten – bis hin zu der

offen gehaltenen Frage, ob er hunderttausend Deutsche Mark in bar erhalten habe und überhaupt an seine CDU weiterleitete – in höchst brisanten, bedeutenden und zum Teil weichenstellenden Zeitpunkten der bundesdeutschen Geschichte gerade in den drei letzten Jahrzehnten.

Diese Haltung dem Rechtsextremismus ggü., die bereits in den 90er Jahren zu den Pogromen in Rostock, Solingen, Mölln und anderswo mit entscheidend beitrug und mit dem NSU dann gewissermaßen zugunsten von Einzelhinrichtungen abgelöst wurde, ist der Kern administrativen Versagens. Unter diesem Kern („Der Fisch stinkt vom Kopf zuerst) vermochten das BKA, die Soko's der Länder und die Nachrichtendienste in munterster Gräßlichkeit ihre eigene Fremdenfeindlichkeit pflegen.

b. Ein „Glanzstück“? – Ein „Husarenstück“? – Oder Chuzpe?

Schäuble äußerte sich bzgl. der nicht bloß vor dem Hintergrund der Ende der 90er Jahre real beschriebenen Entwicklung im Rechtsextremismus zu möglicherweise terroristischen Handlungen fatalen Entscheidung, die Abteilungen Links- und Rechtsextremismus zusammenzulegen, ebenfalls im Widerspruch zu seiner während der Aussage vor dem PUA mehrfach ausgeführten Behauptung, er hielt sich an die Ratschläge seiner Spitzenbeamte.

Sein damaliger Spitzenbeamter Fromm – Präsident des BfV für 11 Jahre – hatte ausdrücklich sogar schriftlich davon abgeraten. Er hatte gewarnt und nachvollziehbar begründet, warum die Zusammenlegung zu einer Schwächung auf der rechten Seite führen musste. So etwas passiert nicht bloß nicht alle Tage, sondern ist äußerst selten.

Kurzum: Schäuble hatte in Kenntnis der Schwächung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus die Abteilung um ein Fünftel reduziert. In 2006! Nach sechs Morden... - Ein „Glanzstück“? – Ein „Husarenstück“? – Oder Chuzpe?

c. Schäuble + Hannings waren eben die richtigen Männer

Die entscheidende Erkenntnis aus der Schäuble-Befragung vom 14.12.12 ist nicht, dass er sich nicht interessiert zeigte, desinteressiert gewesen wäre und so weiter.

Die entscheidende Erkenntnis besteht darin, dass er genau dieselbe Methodik anwendete wie diverse Verfassungsschutzämter in der Bundesrepublik Deutschland: Wenn sie Belege offenbaren mussten, die ihre Verwicklung in die NSU-Taten hätten beweisen können, wurde geschreddert.

Bei Herrn Schäuble gibt es kein physisches Papier zu schreddern, sondern er behauptet einfach, mit der von ihm politisch zu verantwortenden (Hahaha) Entscheidung nicht befasst gewesen zu sein oder sie aus damaliger Sicht richtig gefunden zu haben. Und obwohl spezifische Entscheidungen objektiv fatal wirkten, sitzt er vor dem Ausschuss und behauptet, er finde das auch noch heute richtig und Fehler könne er nicht erkennen.

Schäuble musste genauso wie die Geheimdienste abwägen. Was schadet

mir/uns mehr:

bei den Geheimdiensten: wenn die Inhalte der Akten/Datenträger bekannt werden oder wenn uns vorgeworfen wird, wir haben sie vernichtet, beseitigt, unterdrückt?

Bei Schäuble: wenn ich einräume damit befasst gewesen zu sein (BKA nicht zuständig für NSU) bzw. die Schwächung der Abteilung Rechtsextremismus sehenden Auges herbeigeführt zu haben oder wenn mir vorgeworfen wird, ich sei desinteressiert, kümmere mich nicht um das Land in Unruhe versetzende Bedrohungen der Inneren Sicherheit.

Schäuble war für das Selbstverständnis unserer Geheimdienste genauso wie Hannings als sein Staatssekretär genau der richtige Mann als Bundesinnenminister.

Dieser Mann, der bei der Aushandlung der Deutschen Einheit genauso wie jetzt bei der sog. Euro-Rettung reihenweise täuschte, trickste und die Unwahrheit sagte, gehört endlich aus dem politischen Geschäft entfernt. Er ist in einer Kontinuität zu einer unerträglichen Figur der sog. politischen Klasse (und gepflegt) worden, dass alleine Wolfgang Schäuble spiegelbildlich die Defizite in der bundesdeutschen Politik verkörpert wie sonst nur noch Helmut Kohl, der sein „Ehren“wort in der zweiten Spendenaffäre / Geldwäsche seiner politischen Laufbahn vor geltende Gesetze stellte und trotzdem zum Beispiel Ehrenvorsitzender der CDU ist, oder Angela Merkel.

Dass die Reaktion der Medien (FAZ, WELT...) nach diesem Schäuble-Auftritt klare Botschaften enthielt ist logisch. Also alles flach halten. Keine Hintergründe. Die Oberfläche kommunizieren: Harte Wortgefechte, eisige Atmosphäre...

Dazu noch belustigende Untertöne über des Minister Schäubles Grantigkeit etc.

Mit der Bitte um Veröffentlichung“

Thomas Wüppesahl

ANHANG:

1. „Erinnerungsprobleme zu 100.000,00 Deutschen Mark.

Am 2. Dezember 1999 wurde Schäuble im Rahmen einer Sitzung des Deutschen Bundestages durch Zwischenrufe des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele auf seine Kontakte zum Waffenhändler Karlheinz Schreiber angesprochen. Wolfgang Schäuble äußerte in öffentlicher Sitzung vor dem Deutschen Bundestag, er habe *„irgendwann im Spätsommer oder im Frühherbst 1994“* bei *„einem Gesprächsabend in einem Hotel in Bonn [...] einen Herrn kennengelernt, der sich mir als ein Mann vorgestellt hat, der ein Unternehmen leitet. Ich habe später festgestellt, daß es dieser Herr Schreiber war. [...] Auf der damaligen Veranstaltung bin ich Herrn Schreiber begegnet. Das war es.“*

Schäuble räumte am 10. Januar 2000 ein, von dem inzwischen wegen Steuerhinterziehung verurteilten Waffenhändler Karlheinz Schreiber im Jahre 1994 eine Bar-Spende von 100.000 D-Mark für die CDU entgegengenommen zu haben. Am 31. Januar 2000 gab er ein weiteres Treffen mit Schreiber im Jahr 1995 zu. Die

Schatzmeisterei der CDU habe den Betrag als „sonstige Einnahme“ verbucht.

Er behauptete, dass er das Geld in einem Briefumschlag von Schreiber in seinem Bonner Büro persönlich empfangen habe. Diesen Umschlag habe er „ungeöffnet und unverändert“ an Brigitte Baumeister, der damaligen CDU-Schatzmeisterin, weitergeleitet. Später habe er erfahren, dass die Spende nicht „ordnungsgemäß behandelt worden“ sei. Brigitte Baumeister widersprach dieser Version Schäubles.

Anfang September 2000 bat Schäuble vor dem Bundestag die deutsche Öffentlichkeit um Entschuldigung dafür, „dass unter der Verantwortung der CDU Gesetze gebrochen wurden“. Weiterhin bat er auch „beim“ Bundestag dafür um Entschuldigung, dass er im Dezember 1999 einen Teil der Wahrheit über seinen Kontakt zum Waffenhändler Karlheinz Schreiber verschwiegen hatte.

Das Geld jedenfalls tauchte in keinem Rechenschaftsbericht der CDU auf. Am 13. April 2000 erklärte Schäuble vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss zur CDU-Parteispendenaffäre, die CDU-Führung und die Bundesregierung seien unter Helmut Kohl nicht bestechlich gewesen. Ein Ermittlungsverfahren gegen Schäuble wegen uneidlicher Falschaussage im Zusammenhang mit der fraglichen Spende wurde eingestellt, ebenso die Ermittlungen gegen Brigitte Baumeister. Die Berliner Staatsanwaltschaft konnte keine hinreichende Tatbestandsverwirklichung für eine Anklage feststellen. Nach den damaligen Angaben der Staatsanwaltschaft sei aber davon auszugehen, dass die 100.000 D-Mark nur einmal gespendet wurden. Spekuliert wurde nämlich über die Frage, ob es womöglich zwei Mal 100.000 D-Mark von Schreiber gab: einmal als „unverfängliche“ Wahlkampf-Spende für die CDU, ein anderes Mal „unter der Hand“ als Bestechungsgeld für ein Rüstungsprojekt. Ungeklärt sind außerdem die Spekulationen, ob und gegebenenfalls inwiefern Schäuble seine Verbindungen ins Kanzleramt nutzte (was Schäuble stets vehement bestritten hat). Fraglich ist weiterhin, wo die 100.000 D-Mark verblieben sind.

2. Protagonist gegen Einwanderung

Schäuble initiierte 1999 eine Unterschriftenaktion gegen die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, der vor allem im hessischen Landtagswahlkampf 1999 eine entscheidende Rolle zugeschrieben wird. Die Kampagne stand unter dem Motto „Integration ja – Doppelte Staatsbürgerschaft nein“. Dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder warf er des Öfteren Gesichtslosigkeit vor, weil dieser die Menschenrechtsverletzungen, deren sich die russische Regierung bediene, kritiklos hinnehme.

3. Aufweichen des Folterverbots

Im Dezember 2005 schlug Schäuble vor – er war bereits Bundesinnenminister (!), der sogenannte „Verfassungsminister“ –, Aussagen von Gefolterten bei der Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden zu verwenden.¹ Diese Auffassung Schäubles wurde von den Oppositionsparteien FDP, Linkspartei und GRÜNE sowie vom Koalitionspartner SPD abgelehnt und wurde auch in den eigenen Reihen kritisiert.

4. Protagonist für die Bundeswehr im Inneren

Um einen Einsatz der Bundeswehr für Sicherheitsaufgaben innerhalb der Landesgrenzen zu ermöglichen (unter anderem zum Zwecke des Abschusses von Zivilflugzeugen), spricht sich Schäuble für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes aus. Während Politiker der Unionsparteien diese Forderung unterstützen, wird sie von den meisten Politikern der übrigen Parteien abgelehnt.

5. **Protagonist für den Abschuss von Zivilflugzeugen**

Den Abschuss von Zivilflugzeugen hält auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, für undenkbar. Schäuble erwiderte darauf, Verfassungsrichter seien nicht demokratisch legitimiert, Ratschläge zu erteilen. Grundrechtlich geschützte Bereiche abzugrenzen, sei Sache des Gesetzgebers. Ein ziemlich alberner, ans Absurde grenzende Versuch, sich von fachlicher Kritik frei zu halten. Gerade angesichts der Tatsache, dass vom Bundesverfassungsgericht in einer bisher beispiellosen Serie Entscheidungen des Parlaments/der Regierung gerade im innenpolitischen Bereich wegen Verfassungswidrigkeit korrigiert bzw. aufgehoben worden sind.

6. **Totalüberwachung mit Mautdaten**

Die im Autobahnmautgesetz vorgeschriebene strikte Zweckbindung der Lkw-Mautdaten ausschließlich zu Abrechnungszwecken soll nach dem Willen Schäubles per Gesetzesänderung aufgehoben werden, um Sicherheitsbehörden die Nutzung zu Fahndungszwecken zu ermöglichen. Die Zweckbindung war während der Ausarbeitung des Autobahnmautgesetzes eine Forderung der CDU, die den Gesetzentwurf ohne diesen Passus ablehnen wollte. Die Forderung zur Aufhebung der Zweckbindung wurde parteiübergreifend kontrovers diskutiert. So sprach sich zum Beispiel der damalige schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner für diese Möglichkeit aus.

7. **Trojaner-Angriffe durch das BKA gegen Bürger**

Nach dem Beschluss des Bundesgerichtshofes 2007, dass es für eine Online-Durchsuchung von Computern in den damaligen Gesetzen keine Rechtsgrundlage gibt, forderte Schäuble, die Strafprozessordnung, das BKA-Gesetz, die Polizeigesetze der Länder sowie den Artikel 13 des Grundgesetzes, der die Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert, zu ändern, um den rechtskonformen Einsatz des sogenannten Bundestrojaners zu ermöglichen.

8. **Freizügigkeit in der EU nach Opportunität**

Anlässlich des G 8-Gipfels in Heiligendamm entschied Schäuble in seiner Funktion als Innenminister, dass wie bereits während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 an den Schengen-Binnengrenze der Bundesrepublik Deutschland vorübergehend Grenzkontrollen wieder aufgenommen werden konnten. Er begründete dies mit erhöhten Sicherheitsanforderungen für die Veranstaltungen des G8-Gipfels durch „gewaltbereite“ Globalisierungsgegner. Während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sowie während der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Basel und Wien befürwortete er die gleichen, vollen Befugnisse für die Gastbeamten bei der polizeilichen Zusammenarbeit von Deutschland, Österreich, Frankreich und der Schweiz unter der Einsatzleitung der einheimischen Organe.

9. **Prävention als verkappte Repression – Geheimdienste total**

Schäuble bezweifelt, dass die in der Bundesrepublik praktizierte Kontrolle der Geheimdienste sinnvoll ist. Man erweise „der Freiheit einen Bärenhieb“, wenn Geheimdienste anderer Länder die Zusammenarbeit mit den deutschen Geheimdiensten wegen der parlamentarischen Kontrolle einschränken. Weiterhin habe er „Schwierigkeiten damit“, dass ein Terrorist den gleichen Schutz durch das Grundgesetz genießt wie jeder Bürger. Laut Schäuble bezweckten die präventiven Maßnahmen zum Schutz der freiheitlichen Gesellschaft nicht die Einschränkung der Freiheit der Bürger, die Freiheit des einen höre nämlich dort auf, wo die Freiheit des anderen anfängt,

argumentiert er. Die Prävention bleibe die einzige Schutzmöglichkeit vor Verbrechen, bei denen jegliche strafrechtliche Abschreckung wirkungslos sei. Schäuble wehrt sich empört gegen den Vergleich solcher Maßnahmen mit Stasimethoden; wer dies tue, meint er, interpretiere die Freiheit völlig falsch. Er sieht seine Äußerungen auch von Zahlen bestätigt, lediglich zehn optische Observationen seien zum Beispiel letztes Jahr in ganz Deutschland aus präventivem Grund durchgeführt worden.

10. **Lockerer Verständnis zu Verfassungsprinzipien**

Im November 2008 schlug Schäuble vor, Entscheidungen des Bundesrates auch mit einer relativen Mehrheit der abstimmenden Länder zustande kommen zu lassen, also Enthaltungen nicht mehr zu berücksichtigen. Der Vorschlag stieß bei der Opposition auf scharfe Ablehnung. Zum einen wären die kleineren Parteien durch eine solche Regelung benachteiligt, da sie als Mitglied einer Regierungskoalition bei Differenzen innerhalb derselben oft nur eine Stimmenthaltung im Bundesrat durchsetzen können. Zum anderen wurde Schäuble vorgeworfen, zur Durchsetzung seiner Vorstellungen von einer Novellierung des BKA-Gesetzes, deren Ablehnung durch den Bundesrat sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnete, leichtfertig wichtige föderalistische Verfassungsprinzipien zur Disposition zu stellen. Politiker der Grünen forderten Schäubles Rücktritt.

11. **Frieden- und Kriegsrecht? – Egal**

Von Sabine Leutheusser-Schnarrenberge wurde Schäuble in einem Interview vorgeworfen, den Unterschied zwischen Friedens- und Kriegsrecht verwischen zu wollen. In diesem Zusammenhang kritisierte sie Schäuble für seine Pläne, die Bundeswehr im Innern einzusetzen.

12. **Schäubles Sicherheitspolitik = Stasi 2.0**

Schäuble wurde vorgeworfen, den Rechtsstaat in einen Überwachungs- bzw. Präventivstaat umwandeln und alle Grundrechte einem fiktiven *Grundrecht auf Sicherheit* unterordnen zu wollen. Mittlerweile hat sich bezüglich Schäubles Sicherheitspolitik der Begriff Stasi 2.0 in Anlehnung an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das Web 2.0 als neue Generation des Internets unter Datenschützern verbreitet.

13. **Demagogische Grundfertigkeiten**

Juristische Fachverbände und Medien-Journalisten sahen Deutschland unter Schäuble auf dem Weg vom Freiheits- und Rechtsstaat zum Präventivstaat. Man warf dem Bundesinnenminister einen „Frontalangriff auf das Grundgesetz“ vor. Der Präsident des Deutschen Anwaltvereins kritisierte: „Die Sicherheitspolitik droht jedes Maß zu verlieren.“

Der Vizepräsident der Bundesrechtsanwaltskammer erklärte: „Es werden Ängste in der Bevölkerung geschürt und instrumentalisiert, um eine gesellschaftliche Akzeptanz für weit reichende Kompetenzen der Sicherheitsbehörden zu schaffen.“ Schäuble opfere Grundrechte auf dem Altar vermeintlicher Sicherheitsinteressen. Kritiker warfen ihm in diesem Zusammenhang außerdem vor, Fahndungserfolge fälschlicherweise der Vorratsdatenspeicherung zuzurechnen, obwohl zu dem fraglichen Zeitpunkt überhaupt keine gesetzliche Grundlage zur Vorratsdatenspeicherung bestand.

Am 11. Februar 2009 hackten Kritiker die Homepage von Schäuble und setzten einen Link zum Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.

14. **Big Brother Award für Schäubles obsessive Bestrebungen...**

Im Oktober 2009 wurde Schäuble der Negativpreis Big Brother Award für sein Lebenswerk verliehen. Die Jury kritisierte insbesondere *Schäubles obsessive Bestrebungen, den demokratischen Rechtsstaat in einen präventiv-autoritären Sicherheitsstaat umzubauen.*

15. **Internierungslager und andere Totalitismen**

In einem Spiegel-Interview vom 7. Juli 2007 sprach er sich für Internierungslager für sogenannte „Gefährder“ aus. Er regte auch an, eine Rechtsgrundlage für eine dem finalen Rettungsschuss entsprechende Regelung im Einsatz gegen Terroristen zu schaffen, um sich nicht auf den übergesetzlichen Notstand berufen zu müssen. Der daraufhin einsetzenden breiten Kritik, vor allem hinsichtlich der etwaigen gezielten Tötung von Terrorverdächtigen, hielt Schäuble entgegen, dass er keine Forderungen gestellt, sondern lediglich Fragen definiert habe. Er wehrte sich auch gegen die Unterstellung, seine Vorschläge zum Kampf gegen Terror seien dadurch motiviert, dass er selbst Opfer eines Attentats und dadurch in seiner „politischen Urteilsbildung beschädigt“ sei. Der damalige Schleswig-Holsteinische Innenminister Ralf Stegner kritisierte Schäuble scharf mit den Worten, Terrorverdächtige umzubringen, sei „schlicht Auftragsmord“.

16. **Wie abstrakt politisch – so im persönlichen Nahfeld**

Anfang November 2010 wies Schäuble seinen Sprecher Michael Offer auf einer Pressekonferenz vor laufenden Kameras und Mikrofonen in einer beispiellos entwürdigenden Art und Weise dafür zurecht, dass dieser eine schriftliche Zusammenfassung der Erklärung nicht rechtzeitig verteilen ließ. Das Verhalten Schäubles wurde von der Öffentlichkeit vielfach als herablassend und erniedrigend angesehen. Der Sprecher trat wenige Tage später von seinem Amt zurück.

Und dieser Hardcore-Betonkopf-Innenpolitiker will dem PUA und der interessierten Öffentlichkeit „verkaufen“, dass er sich mit der Mord-Serie des NSU-Trios nicht befasst haben will. Der nächste Voll-Idiotentest von jemandem mit einem Dauerabonnement auf Staatsämter.